

Stand: 23.01.2026 03:48:13

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4803

"Kooperation von Landwirtschaft, Landschaftspflege und Naturschutz nicht aufs Spiel setzen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4803 vom 05.02.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5800 des UV vom 20.02.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 46 vom 27.03.2025
4. Beschluss des Plenums 19/6136 vom 01.04.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 47 vom 01.04.2025



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller, Patrick Friedl, Paul Knoblach, Laura Weber, Christian Hierneis, Christian Zwanziger, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Barbara Fuchs, Ursula Sowa, Martin Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Kooperation von Landwirtschaft, Landschaftspflege und Naturschutz nicht aufs Spiel setzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- die unverzichtbare Zusammenarbeit der bayerischen Landwirtinnen und Landwirte mit den Landschaftspflegeverbänden (LPVs) für die Umsetzung von Biotoppflege, Erhalt von Mähwiesen, Pflege ökologisch wertvoller Flächen und anderer naturschutzfördernder Maßnahmen weiterhin einkommenswirksam zu honorieren,
- verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für Landwirtinnen und Landwirte beizubehalten, um die freiwilligen naturschutzorientierten Leistungen weiterhin zu ermöglichen und die Diversifizierung der landwirtschaftlichen Betriebe zu stabilisieren,
- die geplante Aufbauschung der Bürokratie und den erwartbar erhöhten Bearbeitungsaufwand zukünftiger Förderanträge zurückzunehmen,
- die Bedeutung der bayerischen Kulturlandschaft für den Tourismus hervorzuheben und, anstatt diese wertvolle Ressource durch Kürzungen zu bedrohen, den Artenreichtum unserer Kulturlandschaft zu erhalten und zu steigern,
- sich an Zusagen und gesetzliche Verpflichtungen zu halten und den Naturschutz nicht als erste Sparmaßnahme zu betrachten, sondern insbesondere gut etablierte und erfolgreiche Maßnahmen wie beim Artenhilfsprogramm Feldhamsterschutz verlässlich zu fördern,
- die Öffentlichkeit über die Auswirkungen dieser Kürzungspläne zu informieren.

Begründung:

Die geplanten Kürzungen im Bereich Landschaftspflege und Naturschutz im Nachtragshaushalt der Staatsregierung in Höhe von 18 Mio. Euro gefährden die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Landwirtschaft in Bayern. Die Bemühungen der Landwirtinnen und Landwirte, die durch Diversifizierung und naturschutzorientierte Maßnahmen zu wertvollen Partnern im Natur- und Artenschutz geworden sind, werden unterminiert.

Im Schreiben „Staatsministerin Michaela Kaniber informiert - Die Bayerischen Forderungen für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU ab 2028 (GAP 28)“ vom 25.09.2024 steht unter dem Titel „Attraktive finanzielle Anreize für Nachhaltigkeit und Tierwohl“ fol-

gendes: „Landwirtinnen und Landwirte spielen eine zentrale Rolle, wenn es um freiwillige Leistungen in den Bereichen Nachhaltigkeit, Klima-, Umwelt- und Artenschutz sowie Tierwohl und Pflege der Kulturlandschaft geht. Diese sind für die gesamte Gesellschaft unverzichtbar. Als Motivation für diese Leistungen ist eine angemessene einkommenswirksame Entlohnung über eine reine Aufwandsentschädigung hinaus notwendig. Die Nachhaltigkeitsziele der EU lassen sich nur durch eine bessere finanzielle Ausstattung der GAP erreichen.“

Gleichwohl verlangen bayerische Natur- und Artenschutzziele eine ebenso verlässliche und bessere finanzielle Ausstattung. Es ist Zeit, den Worten über die zentrale Rolle der Landwirtschaft konkrete Taten folgen zu lassen.

Auf allen Ebenen ist und bleibt das Engagement für den Erhalt und die Förderung der natürlichen Lebensgrundlagen in Bayern essenziell. Die Staatsregierung wird aufgefordert, die notwendigen Mittel bereitzustellen, um die gesetzlich verankerten Ziele des Naturschutzes und die Vereinbarungen des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ zu erfüllen. Auch in Zeiten weniger voller Staatskassen bleibt die Verantwortung der Politik, Natur zu schützen, Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe zu erhalten und die Zukunft einer lebendigen und vielfältigen bayerischen Kulturlandschaft zu sichern.

Besonders die Mitglieder im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus und die Mitglieder im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz sind aufgefordert, sich entschieden gegen die Kürzungen im Nachtragshaushalt auszusprechen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/4803**

**Kooperation von Landwirtschaft, Landschaftspflege und Naturschutz nicht aufs
Spiel setzen**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Patrick Friedl**
Mitberichterstatterin: **Tanja Schorer-Dremel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 18. Sitzung am 20. Februar 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Alexander Flierl
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit, Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der einzelnen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmungsliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Bevor wir zum Tagesordnungspunkt 3 kommen, bitte ich darum, an die Stimmkarten-taschen zu denken, weil bei den Tagesordnungspunkten 4 und 5 wieder Wahlen durchgeführt werden.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der
Abstimmung über eine Europaangelegenheit,
Verfassungsstreitigkeiten und die nicht einzeln zu beratenden
Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Öffentliches Gesundheitswesen
EU-Vorschriften über Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika – gezielte
Bewertung
12.12.2024 - 21.03.2025
Drs. 19/4685, 19/5948

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europa-
angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/5948 veröffentlichte
Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische
Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und
den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



Verfassungsstreitigkeiten

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 26. Februar 2025 (Vf. 4-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
1. des Art. 6 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588, BayRS 2132-1-B), die zuletzt durch die §§ 12 und 13 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 605) und durch § 4 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 619) geändert worden ist,
2. des Art. 1 Abs. 1 Satz 4 des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes (BayImSchG) vom 10. Dezember 2019 (GVBl. S. 686, BayRS 2129-1-1-U), das zuletzt durch § 3 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 619) geändert worden ist
PII-3001-2-19
Drs. 19/5877 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Die Klage ist unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 26. Februar 2025 (Vf. 2-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans Nr. 98 „Dorfstraße“ der Gemeinde Taufkirchen
PII-3001-2-20
Drs. 19/5876 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. Februar 2025 (Vf. 6-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 4 Abs. 1 Nr. 2 des Heilberufe-Kammergesetzes (HKaG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Februar 2002 (GVBI. S. 42, BayRS 2122-3-G), das zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBI. S. 632) geändert worden ist
PII-3001-2-22
Drs. 19/5878 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

5. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. Februar 2025 (Vf. 3-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der §§ 1 und 2 des Gesetzes zur Förderung der Bundeswehr in Bayern vom 23. Juli 2024 (GVBI. S. 257)
PII-3001-2-23
Drs. 19/5880 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

Anträge

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Wirtschaftsbooster energetische Sanierung Drs. 19/3878, 19/5193 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Förderung der Solarthermie Drs. 19/3879, 19/5194 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Das Geld ist da – es muss nur aktiviert werden Drs. 19/3880, 19/5195 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Gemeinsam zum Ziel. Alle Expertinnen und Experten an einen Tisch holen. Drs. 19/3881, 19/5817 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Komfort und Sicherheit durch Wärmenetze Drs. 19/3882, 19/5819 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Investitionen der Kommunen bei der Wärmewende wirkungsvoll unterstützen Drs. 19/3883, 19/5821 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Rechtssicherheit für alle bayerischen Kommunen herstellen. Drs. 19/3884, 19/5822 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Sanierungssprint für Ein- und Zweifamilienhäuser Drs. 19/3885, 19/5823 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD Konzept und Sonderförderprogramm für Trinkwasserbrunnen an Schulen erstellen Drs. 19/4420, 19/5776 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Michael Hofmann, Dr. Alexander Dietrich u.a. CSU Nachwuchsgewinnung für Bayern: Kooperationen mit Schulen Drs. 19/4566, 19/5775 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Sabine Gross u.a. SPD Bayerns Geothermie-Potenzial endlich heben – Fündigkeitsrisiken absichern Drs. 19/4575, 19/5824 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn,
Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Bayern kann es schaffen: An Klimaziell 2040 festhalten!
Drs. 19/4677, 19/5802 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

18. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Förderlehrkräftenachwuchs sichern!
Drs. 19/4690, 19/5777 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm,
Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Umsetzung der EU-Richtlinie über die Abschöpfung und Einziehung
von Vermögenswerten: Die Grundrechte der Bürger wahren,
kein EU-Vermögensregister einführen!
Drs. 19/4705, 19/5881 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

20. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn,
Harald Meußgeier, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Bedrohung bayerischer Schwanzlurcharten durch den
pathogenen Pilz Batrachochytrium salamandrivorans
Drs. 19/4714, 19/5801 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Damit Demokratie leben kann – Sofortiger Förderstopp des Bundesprogramms „Demokratie leben!“
Drs. 19/4728, 19/5816 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Plattform statt Bürokratie: Aufbau eines digitalen Marktplatzes zur Vernetzung von Startchancen-Schulen mit Partnerinnen und Partnern sowie Expertinnen und Experten
Drs. 19/4744, 19/5778 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ökostrom für Regionalzüge in Bayern
Drs. 19/4752, 19/5782 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kooperation von Landwirtschaft, Landschaftspflege und Naturschutz nicht aufs Spiel setzen
Drs. 19/4803, 19/5800 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Holger Grießhammer, Nicole Bäumler, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Bildung im Wandel: Anhörung zur digitalen Transformation
im Bildungswesen
Drs. 19/4804, 19/5779 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

26. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Ramona Storm, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
IT-Fachkräfteversorgung an Bayerns Schulen sicherstellen
Drs. 19/4823, 19/5780 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

27. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz ändern –
Digitale Endgeräte, Programme und Hilfsmittel
in die Lernmittelfreiheit aufnehmen
Drs. 19/4824, 19/5781 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib,
Ruth Müller u.a. SPD
Finanzielle Situation der bayerischen Landschaftspflegeverbände
Drs. 19/4974, 19/5122

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

Der Antrag wird für erledigt erklärt.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller, Patrick Friedl, Paul Knoblach, Laura Weber, Christian Hierneis, Christian Zwanziger, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Barbara Fuchs, Ursula Sowa, Martin Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/4803, 19/5800

Kooperation von Landwirtschaft, Landschaftspflege und Naturschutz nicht aufs Spiel setzen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Mia Goller

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Abg. Harald Meußgeier

Abg. Michael Hofmann

Abg. Benno Zierer

Abg. Patrick Friedl

Abg. Anna Rasehorn

Abg. Alexander Flierl

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kooperation von Landwirtschaft, Landschaftspflege und Naturschutz nicht aufs Spiel setzen (Drs. 19/4803)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erste Rednerin für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Frau Kollegin Mia Goller.

Mia Goller (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Kann man den Naturschutz in Kurzarbeit schicken? Können wir von Bäuerinnen und Bauern ernsthaft erwarten, dass sie ihre Arbeitskraft, ihre Maschinen und ihr Fachwissen vorübergehend ehrenamtlich zur Verfügung stellen? – Ich glaube nicht. Und weil das so ist, sollte es heute für überhaupt keinen Menschen hier ein Problem sein, unserem Antrag zuzustimmen; denn wir GRÜNEN fordern nichts anderes, als dass die Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Landschaftspflegeverbänden weiterhin verlässlich und fair finanziert vonstattengeht. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die Kürzungen im Nachtragshaushalt gefährden dieses erfolgreiche Modell, und sie treffen genau diejenigen, die draußen auf dem Acker, auf der Alm oder im Feuchtgebiet für den Naturschutz arbeiten. Wie Sie wissen, stehen dort draußen Männer

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Und Frauen!)

mit beiden Beinen im Matsch und kümmern sich um Hecken, Moore und Magerrasen. Sie pflegen seltene Arten. Sie schaffen Lebensräume. Wir sagen diesen Leuten jetzt: Danke für nichts! – Das kann es einfach nicht sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Landwirtinnen und Landwirte sind keine Statisten für Imagekampagnen, das sind tragende Säulen im Natur- und im Artenschutz. Wenn wir hier Mittel streichen, dann reißen wir funktionierende Strukturen ein. Diese Strukturen baut man über Nacht nicht einfach wieder auf. Die Auswirkungen sind längst da. Projekte wie der Moorschutz und die Streuobstpflege liegen in Gebieten in ganz Bayern auf Eis. Einige LPVs schicken ihr Personal bereits in Kurzarbeit. Es herrscht Stillstand beim Arten- und Biotopschutz. Für gefährdete Arten wie den Feldhamster, den Laubfrosch und den Kiebitz kann das zu regionalem Aussterben führen. Den Kommunen – das wissen wir alle – steht das Wasser bis zum Hals.

In der Fraktion haben wir heute Morgen ein Gespräch mit dem Bauernverband geführt und dabei auch über dieses Thema gesprochen. Die ganz klare Aussage war: Wir können Naturschutz nicht je nach Kassenlage betreiben. Wir Bauern brauchen Verlässlichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur zur Erinnerung: Mehr Geld wäre eigentlich vorhanden. Die Regierungsfraktionen haben gerade 90 Millionen Euro aus der Fraktionsreserve für ihre Herzensprojekte verteilt. Die von uns vorgeschlagenen 18 Millionen Euro für mehr Natur, Artenvielfalt, Klima und für unsere bäuerlichen Familienbetriebe sollten wirklich drin sein. Ich höre auf Tourismusmessen – die Frau Kaniber ist schon gegangen –, wie sehr die Schönheit unserer Landschaft geschätzt wird. Ich stimme zu; aber die Schönheit kommt nicht von allein. Sie ist das Ergebnis von Jahrzehntelanger Pflege, von Wissen und von Engagement.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wer diese Landschaft erhalten will, muss auch bereit sein, dafür zu zahlen. Frau Kaniber hat es tatsächlich so beschrieben: Landwirtinnen und Landwirte spielen eine zentrale Rolle in Umwelt- und Artenschutz; eine angemessene Entlohnung über eine reine Aufwandsentschädigung hinaus ist notwendig. – Da stim-

me ich zu. Aber was nutzen diese Worte, wenn gleichzeitig das Geld immer weniger wird?

Wenn wir verhindern wollen, dass Projekte scheitern, wenn wir unsere LPVs nicht in die Knie zwingen wollen, wenn wir der Natur eine echte Chance geben wollen, müssen wir investieren. Naturschutz kann kein Randthema in Bayern sein. Gute Arbeit braucht gute Rahmenbedingungen.

Wenn ich dann heute wieder höre: Die LPVs bekommen ja jetzt ihr Geld, aber wir sparen an anderen Stellen im Naturschutz, muss ich ganz klar sagen: Das ist auch kein Fortschritt. – Naturschutz ist nicht irgendein Wunschkonzert, bei dem man sich drei Projekte herauspickt und den Rest dann streicht. Wir brauchen in Bayern das komplette Orchester, vom Landschaftspflegeverband bis zum Krötenzaun.

Das ewige Lied von der bösen Ampel – ich habe es heute schon wieder ein paarmal gehört – können wir uns wirklich auch sparen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das werden wir nicht tun, weil es stimmt!)

Die Kürzungen aus Berlin, liebe Kollegin, waren bekannt, bevor der Doppelhaushalt aufgestellt worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Das ist ja nicht schlimm!
Dann ist es nicht so schlimm! Dann kürzen wir es einfach mal!)

Das muss mir doch im Haushalt klar sein, acht Monate später – –

(Widerspruch bei der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wir kürzen einfach, und die anderen klären es!)

Wenn ich weiß, dass der Haushalt ein Problem hat, muss ich dementsprechend handeln und nicht denken: Das wird schon werden. – Hier geht es nicht um Luxusprojekte. Es geht um unsere Lebensgrundlage, um den Charakter unseres Landes und um unsere Zukunft. Deshalb mein Appell:

(Anhaltender Widerspruch bei der CSU – GÜLseren Demirel (GRÜNE): Lassen Sie sie doch einmal reden! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Lassen Sie uns heute ein Zeichen setzen für eine lebendige Landschaft, für verlässliche Partnerschaften und für den Respekt gegenüber den Menschen, die draußen anpacken, während wir hier drinnen verhandeln. Wer "unser schönes Bayern" sagt, muss auch für mehr Geld für die Landschaftspflege sorgen. Ich bitte Sie heute, stimmen Sie unserem Antrag zu. Wir wollen mehr Kröten für die Kröten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion spricht Frau Kollegin Tanja Schorer-Dremel.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Sehr geehrte Frau Kollegin Goller, das Thema ist Thema im Umweltausschuss, und Sie hätten mal Ihre Kollegin Laura Weber reden lassen können. Die war nämlich anwesend, auch am 20. Februar,

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

und kennt sich deutlich besser aus.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die 71 Landschaftspflegeverbände, die wir haben, spielen eine zentrale Rolle in der Pflege unserer Kulturlandschaften. Ich weiß das, da ich selber seit 2017 den 59. Landschaftspflegeverband leiten darf. Daher weiß ich, dass die Landschaftspflegeverbände einen unschätzbaran Beitrag zum Naturschutz leisten, indem sie Maßnahmen wie die Pflanzung von Obstbäumen, die Pflege von Mooren oder die Pflege von Hecken und Wäldern durchführen. Diese Arbeit ist wichtig für die Zukunft unseres Landes, für die Natur, aber auch für die Menschen, die hier leben und arbeiten.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wie salbungsvoll!)

Der freiwillige Einsatz vieler Landwirtinnen und Landwirte, Baumpflegerinnen und Baumpfleger und vieler mehr verdient höchsten Respekt.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das Besondere daran, dass das so gut gelingt, ist: Diese Drittelparität in den Landschaftspflegeverbänden aus Umwelt, Politik und Landwirtschaft ist eine Zusammenarbeit, die den Naturschutz in den Vordergrund stellt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Gemeinsam gelingt es, den kooperativen Naturschutz für unsere Heimat in die Tat umzusetzen. Das ist in ganz Deutschland ein Erfolgsrezept. Wenn man sagen kann, dass 90 % der Fläche bei uns in Bayern von Landschaftspflegeverbänden betreut werden, ist das sehr positiv für uns.

Klar, da klingt es beunruhigend, wenn von Mittelkürzungen bei den Landschaftspflegeverbänden gesprochen und in den Raum gestellt wird, dass Projekte ausgesetzt werden, der Verlust von Personal, Kurzarbeit oder Ähnliches im Raum steht. Doch lassen Sie mich hier eines klarstellen: Wir als CSU-Fraktion haben gemeinsam mit dem Ausschussvorsitzenden Alexander Flierl nach dem Bekanntwerden bereits im Herbst 2024 das Gespräch mit dem Umweltministerium gesucht. Es waren sehr gute Gespräche, darauf möchte ich hinweisen. Sie, Frau Goller, habe ich nicht einmal bei diesen Gesprächen gesehen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wir haben den Sachverhalt analysiert und nach Lösungen gesucht, um die Auswirkungen so gering wie möglich zu halten. Es wurden positive Schritte unternommen, um sicherzustellen, dass die Landschaftspflegeverbände auch in den schwierigen Zeiten ab 2025 handlungsfähig bleiben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Da Sie, Frau Goller, am 20. Februar nicht im Umweltausschuss waren, fasse ich das gerne noch einmal zusammen. Marcel Huber hat damals die Verwaltungskostenpauschale 2018 eingeführt. Die Mittel sind nicht gekürzt worden, sie werden weiter in vollem Umfang gezahlt. In den vergangenen Jahren sind die Mittel für die Landschaftspflege von einmal 19 Millionen auf 29 Millionen Euro in 2024 angewachsen. Stetig wurden die Mittel erhöht. Die Gesamtausgaben der Landschaftspflegeverbände werden mit 31 Millionen Euro auch dieses Jahr wieder höher ausfallen als je zuvor; es gibt keine Kürzungen.

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört! Sehr gut!)

Für 2025 wurden jetzt bereits 24 Millionen Euro an Geldern freigegeben. In Kürze können auch wieder standardmäßig die alljährlichen LNPR-Anträge mit Auszahlung im Folgejahr 2026 gestellt werden.

Das Bayerische Vertragsnaturschutzprogramm, VNP, wurde deutlich ausgeweitet. Die besonders naturverträgliche Flächenbewirtschaftung durch fast 30.000 Landwirte konnte mit über 90 Millionen Euro honoriert werden. Damit ist das VNP das größte Naturschutzprogramm.

Bei den LNPR, den Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinien, hat das Umweltministerium 2024 die Rekordsumme von rund 63 Millionen Euro an Fördermitteln investiert. Das ist eine Steigerung um 11 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr. Bei den Landschaftspflegeverbänden – das betone ich noch einmal – wurde kein Euro gekürzt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb betrifft die 15-prozentige Haushaltssperre des bayerischen Haushalts, wie auch im Ausschuss zu hören war, nicht die Mittel für die LNPR. Hier bleibt die Summe gleich; es gibt auch keine Kürzungen. Dennoch ist durch die hohe Anzahl an Land-

schaftspflegeanträgen – wow, was für eine tolle Arbeit leisten hier die Landschaftspflegeverbände! – ein Delta zwischen Haushaltsmitteln und Antragssummen entstanden.

Jetzt kommen wir zu Ihrer Aussage nach dem Motto: Ihr habt es ja gewusst, dass wir euch 6 Millionen Euro pro Jahr weniger geben. – Ich finde es eine bodenlose Frechheit,

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

dass der Bund Mittel kürzt und Bayern wie bei vielen anderen Dingen auch den Ausgleich überlässt – findet halt die Millionen und gebt sie aus! – und dass man sich noch an dieses Pult stellt und sagt: Selber schuld, ihr habt es gewusst, gleicht es doch aus!

(Michael Hofmann (CSU): Unverschämt, wirklich!)

Also Entschuldigung, Frau Kollegin Goller, so geht Politik nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Mittel aus dem Bereich der GAK, 6 Millionen Euro pro Jahr, würden uns genügen, um mehr als die bereits gestellten Anträge abarbeiten zu können. Sorry, Bayern tut hier seine Arbeit, packt immer noch mehr drauf, und der Bund lässt Bayern einmal wieder im Regen stehen.

Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass das Umweltministerium – auch in Zusammenarbeit mit uns, der Kollege Flierl und ich waren in den Besprechungen dabei – es geschafft hat, dass die Finanzierungslücke von 5,7 Millionen Euro vollständig geschlossen werden konnte; ich darf an die 6 Millionen Euro erinnern, die fehlen. Dazu wurden zunächst 2 Millionen Euro durch eine Umschichtung innerhalb des Ministeriums bereitgestellt. Diese Mittel kommen besonders auch Härtefällen zugute. Darüber hinaus haben sich auch die Landschaftspflegeverbände solidarisch gezeigt. Ich kenne keinen Verband unter diesen 71 Verbänden, der nicht solidarisch mitgekämpft hat,

nicht unterstützt hat, sich nicht untergehakt hat, um Naturschutz in den Mittelpunkt zu stellen. Ich habe das mit meinem Landschaftspflegeverband auch getan. Ich glaube, diese Solidaritätsaktion ist ein beeindruckendes Zeichen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Umweltministerium wird daran arbeiten – von den Gesprächen war ich sehr angetan, ich kann es nur wieder betonen –, eine verlässliche und nachhaltige Lösung für die Zukunft und die Folgejahre auszuarbeiten. Uns muss aber auch klar sein, dass wir die Mittel nicht unbegrenzt erhöhen können; denn wir müssen die Mittel, die zur Verfügung stehen, gerecht einsetzen.

Deswegen komme ich jetzt konkret zu Ihrem Antrag. Nein, wir werden ihm nicht zu stimmen; denn die Wertschätzung für die Landschaftspflegeverbände wird tagtäglich gelebt, auch von uns und vor allen Dingen von den zuständigen Ministern. Das sind Minister Thorsten Glauber, aber auch Ministerin Michaela Kaniber. Wir haben verlässliche Rahmenbedingungen für unsere Landwirte und Landwirtinnen. Vor allen Dingen ist Naturschutz bei uns keine Sparmaßnahme. Die Zahl in Höhe von 18 Millionen Euro ist weder belegt noch fundiert. Wir brauchen für eine vernünftige Verteilung der Mittel in Zukunft Unterstützung und Regeln. Das ist keine überbordende Bürokratie, sondern ein Rahmen und eine Unterstützung. Deswegen stehen wir als CSU und als FREIE WÄHLER zu unseren Landschaftspflegeverbänden. Wir wissen, was wir an ihnen haben. Wir werden uns auch weiterhin für dieses Erfolgsrezept einsetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Frau Kollegin Goller hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Mia Goller (GRÜNE): Frau Schorer-Dremel, ich muss Ihnen dafür danken, dass Sie heute der Meinung sind, Laura Weber sei sehr kompetent. Letzte Woche haben Sie

sie noch ganz schön abgekanzelt, obwohl sie mit ihren Aussagen eigentlich recht gehabt hat.

(Michael Hofmann (CSU): Kompetenter als Sie, hat sie gesagt!)

Heute bin ich dran. Ich habe natürlich das Protokoll gelesen. Ich bin ja nicht bescheuert. Diese Gemeinheit von mir muss man jetzt einfach aushalten. Im Jahr 2023 waren die Kürzungen schon klar. Wir haben Pressemitteilungen und Verhandlungen gehabt. Im Jahr 2024 ist der Haushalt aufgestellt worden. Im Dezember hat es diese Aufregung gegeben. Ich habe im Dezember davon erfahren, Sie wahrscheinlich schon eher. Bei mir haben Landwirte angerufen und gesagt: Ich habe einen Balkenmäher gekauft und den Vertrag schon in Aussicht gehabt. Ich war so motiviert, für den Moorschutz zu arbeiten. Was soll ich jetzt machen? Ich habe 10.000 Euro ausgegeben. Mir geht heuer das Einkommen flöten. – Wir wissen alle, wovon ich jetzt rede. Was ist eigentlich im Dezember passiert? Kann es sein, dass sich das Umweltministerium einfach brutal verrechnet hat?

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Frau Kollegin, bitte achten Sie auf Ihre Redezeit.

Mia Goller (GRÜNE): Auch wenn die Wut auf die Ampel groß ist, kann ich nicht glauben, dass man Gelder, von denen man ein Jahr vorher weiß, dass man sie nicht kriegt, eingerechnet hat. Das kann ich nicht glauben.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Frau Kollegin, die Redezeit ist zu Ende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ich glaube, man muss das themenspezifisch sehr wohl unterscheiden. Frau Kollegin Weber war und ist im Umweltausschuss, Sie nicht. Wir haben dort sehr gut zusammengearbeitet, genauso wie mit der Kollegin Rasehorn. Das ist Punkt eins.

Punkt zwei: Das Umweltministerium hat die Mittel kontinuierlich erhöht – ob die Mittel jetzt da waren oder nicht. Das Umweltministerium hat auch versucht zu kompensieren. Die Landschaftspflegeverbände haben das getan, was mein Verband auch macht und was alle anderen 70 auch machen, nämlich kooperativen Naturschutz. Dass im Zuge der Antragszeit jede Menge Anträge eingegangen sind, spricht für die Landschaftspflegeverbände. Das Delta in Höhe von 5,7 Millionen Euro auszugleichen, ist uns auch gelungen. Wir werden das auch weiterziehen. Das Leben wäre aber wesentlich leichter, wenn wir die 6 Millionen Euro pro Jahr an GAK-Mitteln gehabt hätten, um sie in die Natur zu bringen. Es ist nicht fair, sich hier hinzustellen und das zu monieren, aber gleichzeitig Gelder wegzunehmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich setze mich mit meinen Landwirten zusammen, und wir haben gute Lösungen gefunden. Ein Blame-Game findet nie statt. Schauen Sie, dass Sie die Gelder bringen. Dann passt das auch.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Michael Hofmann (CSU):
Unverschämte Art und Weise ist das!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion Herr Kollege Harald Meußgeier.

(Beifall bei der AfD)

Harald Meußgeier (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kollegen, liebe Gäste auf der Tribüne! Die GRÜNEN wollen die bayerischen Bürger wieder einmal auf ökologisches Glatteis führen. Das Volksbegehren "Rettet die Bienen" lässt grüßen. Wieder einmal geht es nicht um Kooperation oder Naturschutz, sondern schlicht um Steuergeldverschwendungen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ist es nicht!)

Das Steuergeld fließt bekanntermaßen nicht mehr allzu üppig. Das ist ein Umstand, den Bayern vor allem der alten, ausgedienten Ampel-Regierung zu verdanken hat, meine sehr verehrten Kollegen der GRÜNEN-Fraktion.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Wir haben auch Kolleginnen!)

– Haben wir, richtig.

Grundsätzlich sollte darüber nachgedacht werden, ob es sinnvoll ist, unsere sogenannten Landschaftspflegeverbände, die zu einem grünen Fass ohne Boden geworden sind, weiter so ausufernd zu fördern. Seit im Jahr 1986 der erste Landschaftspflegeverband in Mittelfranken gegründet wurde, sprießen diese überall in Bayern und Deutschland wie Pilze aus dem Boden.

(Anna Rasehorn (SPD): Ein Erfolgsmodell!)

Im Jahr 2024 rühmte sich unser Umweltminister Herr Glauber sogar mit der Gründung des 71. Landschaftspflegeverbands in Bayern. Das ist ein Geschäftsmodell, das augenscheinlich funktioniert. Profiteure sind aber in den meisten Fällen die Geschäftsführer dieser Verbände.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN: Oh!)

Dabei handelt es sich um nichts anderes als Naturschutz auf Staatskosten. Das ist teure und mit Staatsmitteln finanzierte Bürokratie.

(Anna Rasehorn (SPD): Eine Staatsaufgabe! Das ist doch kein Hobby!)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Verbände werden von Kommunen und dem Umweltministerium bezahlt, damit sie Naturschutzleistungen erbringen. Das wird wiederum vom Bund bezuschusst. Woher aber das viele Geld kommt, wird in den meisten Fällen übersehen. Oder besser gesagt: wem dieses Geld genommen wurde. Der Aufwuchs der Landschaftspflegeverbände geht wieder einmal auf Kosten der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in Bayern, liebe GRÜNE. Für das Jahr 2023 nennt der

Agrarbericht nur noch rund 100.700 Betriebe, damit 2.300 weniger als im Jahr 2021.

Nur zum Vergleich: Zur Jahrtausendwende waren es noch über 150.000 Betriebe. Naturschutzaufgaben, die damals noch die Landwirtschaft übernommen hat, übernehmen zunehmend die Landschaftspflegeverbände.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die lassen sich das teuer bezahlen. Während Landwirte immer seltener zum Zug kommen, wenn es um die Mahd von geschützten oder schwierigen Flächen geht, sahnen Landschaftspflegeverbände kräftig ab.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Es sahnt keiner ab!)

Dabei spielt die aufwendige Beschaffung der Fördermittel eine immer größere Rolle, die Bürokratie in der Bürokratie. Allein der hauptamtliche Geschäftsführer eines Landschaftspflegeverbandes, der diesen Schreibtischjob übernimmt, wird mit einem Budget von weit über 100.000 Euro entlohnt.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Stimmt nicht!)

Dabei wurde für den Naturschutz noch nicht einmal eine Schaufel in die Hand genommen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Keine Ahnung!)

Was früher die Landwirte kostengünstig als Teil ihrer Arbeit miterledigt haben, wird heute umfassend verrechnet. Das Geld dafür nimmt man wiederum aus dem Fördertopf der Landwirte. Oder, um es abzukürzen: Landschaftspflegeverbände haben nichts mit dem kooperativen Naturschutz zu tun.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Komplette Ahnungslosigkeit!)

Sie wuchern auf Kosten der sterbenden bayerischen Landwirtschaft. Wir stärken lieber unsere arg gebeutelten Landwirte als die Geschäftsführer von 70 Verbänden.

(Anna Rasehorn (SPD): Es sind Landwirte, die dort arbeiten!)

Wir kämpfen für unsere Landwirte. Wir wollen Höfe erhalten und die Arbeit den ansässigen Landwirtschaftsbetrieben überlassen.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der Kollege Michael Hofmann hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben gerade behauptet, dass ein Geschäftsführer bei einem Landschaftspflegeverband 100.000 Euro bekommt. Mich würde interessieren: Welchen Landschaftspflegeverband haben Sie konkret im Sinn? Welcher genau ist das? Wie viele gibt es davon?

(Beifall bei der CSU)

Harald Meußgeier (AfD): Ich werde keine Namen nennen. Ich habe diese Daten aus dem Internet gezogen. Das könnt ihr selber nachrecherchieren.

(Lachen bei der CSU – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Faktencheck, Tobi!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Benno Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich selbst war lange Jahre in der Landschaftspflege tätig. Nicht nur deshalb bin ich ein großer Fan des kooperativen Naturschutzes in Bayern. Herr Meußgeier, was Sie gerade ausgeführt haben, war von Anfang bis Ende Quatschi-Quatschi. Anders kann man das nicht bezeichnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Bedauerlicherweise waren null Substanz, Ehrlichkeit und auch Sachlichkeit dahinter.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Meußgeier (AfD))

– Das mag überwiegen. Das stimmt. Da haben Sie recht. Sie kennen sich.

Ich muss nur meinen Landschaftspflegeverband im Landkreis Freising anschauen, was er allein auf die Beine gestellt hat – von Heckenpflege über Artenschutzprojekte bis hin zur Regionalvermarktung. Sie waren überall tätig und haben sich einen hervorragenden Ruf erarbeitet. Viele Landwirte haben sich durch die Zusammenarbeit im Moorschutz und im Naturschutz ein wichtiges zweites Standbein geschaffen. Diese erfolgreiche Arbeit will niemand aufs Spiel setzen, auch wenn dieser Antrag den Eindruck erwecken wollte. Bevor der Antrag am 20. Februar im Ausschuss behandelt wurde, haben wir einen ausführlichen Bericht des Umweltministeriums erhalten. Wir haben erfahren, dass man im Haushalt gezielt umschichten musste, um genau dieses Niveau wieder zu erreichen, das wir haben wollten.

Es ist uns gelungen, für 2025 das hohe Förderniveau zu erhalten. Allein für die Landschaftspflegeverbände stehen über 31 Millionen Euro bereit, noch mehr als im Jahr 2024. Nötig wurde das vor allem, weil der zugesagte Zuschuss vom Bund ausgeblieben ist, weil von Berlin aus gekürzt worden ist. Auch im bayerischen Haushalt gibt es selbstverständlich Sparzwänge. Auch diese Dinge müssen wir kritisch hinterfragen. Wir müssen schauen: Wo ist die Arbeit der Verbände sinnvoll? Wo müssen wir nachsteuern? Wo müssen wir erkennen, dass wir etwas ändern sollten? Das Ministerium hat das Ganze im Finanziellen mit großer Kreativität aufgefangen. Ein großes Lob dafür.

Das alles erfolgte in enger Abstimmung mit den Landschaftspflegeverbänden. Ich habe selber mit unserem Geschäftsführer mehrere Gespräche gehabt. Wie die Frau Kollegin bereits erwähnt hat: Es gibt ein Miteinander der Landschaftspflegeverbände. Sie verstehen auch, dass Geld sinnvoll eingesetzt werden muss. Genau diese Verbände machen das. Sie sind in der praktischen Arbeit draußen. Da wird das Geld vernünftig eingesetzt. Minister Glauber hat persönliche Gespräche mit dem Landes-

sprecherrat geführt. Auch dort wurde mit Verständnis darauf reagiert, wie das Ganze momentan umgesetzt wird. Auch in anderen Bereichen wurden die Mittel auf dem Stand von 2024 gesichert: beim Vertragsnaturschutz und bei den Naturparken.

Alles in allem hat sich das Anliegen dieses Antrags bereits erledigt. Folgerichtig wurde er im Ausschuss abgelehnt. Bei der Frau Goller hätte ich mir durch ihre Arbeit mehr Sachlichkeit und mehr Miteinander erwartet, nicht ständig ein Schlechtreden und ein Verhalten, alles in Frage zu stellen. Den Antrag werden wir auf jeden Fall ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Herr Kollege. – Wir haben eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Friedl.

Patrick Friedl (GRÜNE): Lieber Kollege Benno Zierer, ich würde gern Folgendes wissen: Im Dezember ist es dazu gekommen, dass Anträge nicht mehr gestellt werden konnten, weil die Förderzusagen nicht mehr einzuhalten waren. Anders als in den Jahren davor war der normale Verfahrensgang für viele Landschaftspflegeverbände nicht mehr zu gehen. Das heißt, da sind Anträge offen. Daher ist es jetzt so – wir haben es gerade bestätigt bekommen –, dass mit den Anträgen, die normalerweise im Frühjahr gestellt werden, oder mit Maßnahmen, die im Frühjahr begonnen werden im Vertrauen darauf, dass man die Anträge im Herbst stellen kann, jetzt nicht begonnen wird, weil man ja nicht sicher weiß, dass man das machen kann. Das können nur Landschaftspflegeverbände tun, die irgendwelche Rücklagen haben oder Kommunen im Kreuz haben, die ihnen die Mittel geben.

Jetzt möchte ich konkret wissen: Was passiert mit diesen bislang nicht geförderten Anträgen aus dem letzten Jahr?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Die werden jetzt eingereicht!)

Was passiert, wenn die mit Verpflichtungsermächtigungen ins Jahr 2026 geschoben werden? Können wir uns darauf verlassen, dass 2026/2027 diese Mittel durch zusätzliche Mittel aufgefangen werden?

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie bitte auf die Redezeit.

Patrick Friedl (GRÜNE): Sonst verschieben wir nämlich die Lasten ins nächste Jahr –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege Friedl, Ihre Redezeit ist zu Ende!

Patrick Friedl (GRÜNE): –, und die Landschaftspflegeverbände können ihre Maßnahmen gar nicht so wie geplant durchführen.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege Friedl, Ihre Redezeit ist längst abgelaufen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Herr Friedl, darauf kann man klar und sachlich antworten: Sie können versichert sein, dass gerade das Umweltministerium mit seinen Sachbearbeitern zusammen mit den Landschaftspflegeverbänden Lösungen herausarbeiten wird, um genau diese Dinge vernünftig fortzusetzen. Das ist nur ein Stück seriöse Politik, nicht großmäulig in Vorleistung zu gehen

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Werden im April eingereicht!)

und dann die Gelder nicht zu bringen. Das hätten wir uns eigentlich auch von Berlin erwartet, dass sie sogar noch was drauflegen und sagen: Ja, das ist uns wichtig. Das wollen wir. – Aber nichtsdestoweniger wird gerade hier der Rotstift angesetzt, aber bei uns herumkritisiert, warum wir nicht drei Jahre vorher Planungs- und Finanzierungssicherheit bieten können. Es wird bisher sehr erfolgreich und gut zusammengearbeitet mit den Verbänden, und das wird auch in Zukunft geschehen. Darauf können Sie sich auch verlassen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die SPD-Fraktion: die Frau Kollegin Rasehorn.

Anna Rasehorn (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleg:innen der demokratischen Fraktionen!

(Lachen bei der AfD)

– Schön, dass Sie sich da immer nicht angesprochen fühlen!

(Lachen bei der AfD)

In fast jeder Rede hier im Plenum zum Bereich Umwelt loben wir zu Recht den guten kooperativen Umweltschutz, den wir nach dem erfolgreichen Volksbegehr "Rettet die Bienen" geschmiedet haben. Er ist nämlich gekennzeichnet durch die enge Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft, Umwelt und Politik. Miteinander kann man einfach mehr erreichen. Seit 2014 darf ich in meinem Landschaftspflegeverband in Augsburg sehen, Welch großartige Arbeit hier geleistet wird, ein echter Exportschlager "made in Bavaria", der übrigens jetzt auch in anderen Bundesländern Früchte trägt. Hier kann man sehen, wie gute Arbeit funktioniert: 2017 waren wir 51 Landschaftspflegeverbände. Heute sind es 71 Landschaftspflegeverbände. Sie betreuen über 90 % der Fläche Bayerns gemeinsam mit Landwirt:innen, Umweltschützer:innen und den Kommunen, eine Erfolgsgeschichte, auf die wir alle stolz sein können.

Das schlägt sich auch in den Zuschüssen nieder. 2023 waren es 26 Millionen Euro, 2024 29 Millionen Euro, und dieses Jahr sind es, wie wir am 20. Februar erfahren haben, sogar fast 32 Millionen Euro. Das Ganze ist wohl zu erfolgreich. Durch den eigenen Erfolg überrollt, musste der Freistaat über Weihnachten eine Bewilligungspause einlegen. Da haben wir es erfahren, wir sind leider nicht bei den Gesprächen von CSU und FREIEN WÄHLERN im Umweltministerium dabei gewesen. Deswegen kann daraus auch der Frau Goller kein Strick gedreht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erst einmal mussten 5.000 Projekte angeschaut werden

(Unruhe – Doris Rauscher (SPD): Hallo! Es ist hier sehr laut!)

und die benötigten Mittel ermittelt werden: Wie viel kostet das eigentlich? Dass dieser Gap aus dem Bund schon da war, wussten wir ehrlicherweise schon vorher.

(Unruhe – Doris Rauscher (SPD): Herr Präsident, es ist zu laut!)

Da muss sich das Umweltministerium schon die Frage gefallen lassen: Warum erst jetzt? Warum braucht es auf einmal diese Notbremse?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das war schon seit Jahren absehbar. Dieser Bewilligungsstopp war eine Katastrophe für unsere Landschaftspflegeverbände, weil Gelder aus heiterem Himmel auf Eis gelegt waren. Da haben wir – ich danke meiner Kollegin Schorer-Dremel und unserem Ausschussvorsitzenden Herrn Flierl – in enger Zusammenarbeit auch über die "Grüne Woche" hinweg versucht, Lösungen zu finden, und haben dann im Ausschuss gehört: Das Geld ist da. Wir brauchen diese Pause, um erst einmal zu gucken, wie wir diese zentralen Prozesse steuern können und die Gelder gerecht verteilen können. Danke dafür.

Aber Ende gut, alles gut? – Nein. Jetzt ist mein Appell an FREIE WÄHLER und CSU heute mal positiv. Ich versuche es. Wir wissen, dass dieser Bewilligungsstopp Kerben in unsere Arbeit geschlagen hat und wir viel Vertrauen verloren haben von Landwirt:innen und Umweltschützer:innen, die da sehr viel Herzblut hineingesteckt haben. Wir schauen zum Beispiel auf die Feuchtwiesenmahd, die in vielen Bereichen dieses Jahr entfallen ist, weil die Leute auf ihre Gelder gewartet haben und nicht wussten, wie sie es finanzieren können.

Das ist nämlich der besonders knifflige Punkt bei den Landschaftspflegeverbänden: Sie finanzieren ihre Maßnahmen vor. Das heißt, die Mittel, die sie jetzt vorgestreckt haben, waren an die Mittel von 2024 gebunden. Das heißt, die Gelder haben sie jetzt für nächstes Jahr beantragt und wissen nicht, wie es weitergeht.

Da bitte ich euch: Treue und Vertrauen sind eigentlich konservative Werte. Da kennt ihr euch aus. Versuchen wir bitte, dieses Vertrauen wiederherzustellen, und gucken wir vor allem, dass wir 2026/2027 in diesem Doppelhaushalt die Höhe der Gelder aufrechterhalten können, um hier gut arbeiten zu können.

Deswegen: Lasst uns mit dieser guten Zusammenarbeit, die wir über die "Grüne Woche" hinweg gesponnen haben, weitermachen für unsere Landschaftspflegeverbände. Sie haben es mehr als verdient. Wir werden dem Antrag trotzdem zustimmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Frau Kollegin. – Kollege Alexander Flierl hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Anna Rasehorn (SPD): Dabei habe ich ihn extra gelobt.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Alexander Flierl (CSU): Frau Kollegin, es wird auch anerkannt, dass Sie uns zu Recht gelobt haben.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich gehe davon aus, dass das künftig öfter der Fall sein wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich hätte drei Fragen an Sie: War es denn bislang – erste Frage – schon einmal anders, dass bewilligte Anträge also nicht erst im Folgejahr ausbezahlt wurden, nachdem die Maßnahme erbracht worden ist? Nach meinem Kenntnisstand war dies immer so.

Frage zwei: Wie würdigen Sie denn bitte nach einer wirklichen Rekordsumme im letzten Jahr in Höhe von 29 Millionen Euro, dass wir jetzt, in diesem Jahr, 31,7 Millionen Euro ausbezahlen, ein Rekordbetrag? Das ist eine Erfolgsgeschichte. Man sollte auch Wert darauf legen, dass wir hier insbesondere unsere Bäuerinnen und Bauern ganz stark unterstützen. Darauf können wir doch eigentlich stolz sein.

Frage drei: Gehen Sie mit meiner Meinung konform, dass genau die Konzeption bei den Landschaftspflegeverbänden ein Erfolgskonzept ist –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie bitte auf Ihre Redezeit, Herr Kollege.

Alexander Flierl (CSU): –, das Nachahmung finden sollte?

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Anna Rasehorn (SPD): Sehr geehrter Herr Kollege Flierl, es ist eine Erfolgsstory, und ich glaube, ich habe gerade zu Recht meine sehr begrenzte Redezeit von vier Minuten hergenommen, was für die kleinste Oppositionsfaktion eigentlich unüblich ist, um hervorzuheben, dass diese 32 Millionen eine Erfolgsstory waren; und das, obwohl wir so einen engen Haushalt haben.

Aber natürlich haben die Landschaftspflegeverbände Sorge und Angst, und da sage ich: Ja, dieser Bewilligungsstopp hat sie aus heiterem Himmel getroffen. Ich glaube, es war mehr die Ankündigung, dass er da ist, obwohl wirklich sozusagen danach die Gespräche geführt worden sind, weil die Leute von heute auf morgen nicht mehr wussten: Kann ich auf mein Geld vertrauen? Kann ich nicht darauf vertrauen?

Ich glaube, diesen Vertrauensbruch, auf den ich eingegangen bin, müssen wir gutmachen, weil da viele Verunsicherungen waren.

(Michael Hofmann (CSU): Dann sollten Sie da auch nicht zustimmen!)

Frau Goller hat es auch zu Recht gesagt: Unsere Telefone haben über Weihnachten alle Sturm geläutet. Da wurde viel Vertrauen verspielt. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten.

(Michael Hofmann (CSU): Dann lehnen Sie den Antrag ab!)

Deswegen sage ich: Ja, die 32 Millionen sind ein Erfolg.

(Martin Wagle (CSU): Der Antrag ist Unsinn!)

Aber wir brauchen auch eine Konstante für 2026/2027, und deswegen stimmen wir da mit den GRÜNEN. Denn auch da muss das Geld gesichert werden.

(Martin Wagle (CSU): Der Antrag ist Unsinn! – Michael Hofmann (CSU): Das ist inkonsequent! – Weitere Zurufe)

– Dafür sind wir bekannt.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ihr müsst nicht mehr zusammenhalten!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist das übrige Hohe Haus. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.